



NACHBARSCHAFTSFORUM
NIEDERAUSSEM

Protokoll

Nachbarschaftsforum
Niederaußem

13. Sitzung

Informationszentrum am Innovationszentrum Kohle
Werkstraße, 50129 Bergheim, 03. Juli 2012

Protokoll der 13. Sitzung des Nachbarschaftsforums Niederaußem vom 03. Juli 2012

Teilnehmende: siehe Teilnehmerliste (**Anlage 01**)
Dauer: Dienstag, 03. Juni 2012, 14:00 Uhr – 17:10 Uhr
Leitung: Ralf Eggert und Daniel Hanzlik, beide IFOK
Ort: Informationszentrum am Innovationszentrum Kohle, Werkstraße, 50129 Bergheim
Protokoll: Timo Peters, IFOK

Tagesordnung

- TOP 1 Begrüßung und Tagesordnung**
TOP 2 Protokoll der 12. Sitzung vom 27. März 2012
TOP 3 Aktuelles
3.1 Aktueller Stand im Genehmigungsverfahren
3.2 Aktuelles zum Rückbau
3.3 Lärmbelastung im Umfeld des Kraftwerks durch Zugverkehr
3.4 Informationen zur Kraftwerkreststoffdeponie
3.5 Feedback zu den Themenabenden
- TOP 4 Strukturwandel im Rheinischen Revier**
Dr. Benno Esser, Geschäftsstelle Innovationsregion Rheinisches Revier
- TOP 5 Weiteres Vorgehen**

Anlagen zum Protokoll

- Teilnehmerliste 13. Sitzung (**Anlage 01**)
Zeitungsartikel WAZ (**Anlage 02**)
- TOP 3.1 Präsentation Herr Dr. Schiffer, RWE Power AG, „Änderung des Regionalplans Köln“ (**Anlage 03**)
- TOP 3.2 Präsentation Herr Bechthold, RWE Power AG, „Aktuelles zum Rückbau“ (**Anlage 04**)
- TOP 3.4 Präsentation Herr Bechthold, RWE Power AG, „Kraftwerkreststoffdeponie“ (**Anlage 05**)
- TOP 4 Präsentation Herr Dr. Esser, Innovationsregion Rheinisches Revier, „Die Innovationsregion Rheinisches Revier“ (**Anlage 06**)
- TOP 5 Presseinformation 13. Sitzung (**Anlage 07**)

TOP 1 Begrüßung und Tagesordnung

Die dreizehnte Sitzung des Nachbarschaftsforums Niederaußem wird von Herrn Ralf Eggert eröffnet. Er begrüßt alle Teilnehmer sowie die Gäste Herrn Georg Keulertz (Big BEN e.V.), Herrn Oliver Röggener und Herrn Jörg Kerlen (beide RWE Power AG) sowie Frau Lydia Wahl. Als Referent wird Herr Dr. Benno Esser begrüßt, der zum Thema „Strukturwandel im Rheinischen Revier“ sprechen wird. Frau Lena Kampe wird zukünftig die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Nachbarschaftsforums begleiten.

Herr Eggert stellt die Tagesordnung vor und schlägt vor TOP 3.5 vorzuziehen und als TOP 3.1 zu behandeln. Die Tagesordnung wird mit der Änderung angenommen.

Zu Beginn fällt der Hinweis auf einen Zeitungsartikel, in dem der neue RWE Vorstandsvorsitzende Peter Terium gesagt habe, dass man für Niederaußem eine Genehmigung haben wolle, aber man zunächst nicht vorhabe zu bauen. Wenn sich die Preise an den Märkten jedoch änderten, plane man den neuen Block zu bauen. Herr Bechthold legt einen Zeitungsartikel der WAZ vom 27.06.2012 (**Anlage 02**) auf, in dem ein Interview mit dem RWE-Vorstandsvorsitzenden Peter Terium abgedruckt ist. Demnach plane RWE weiterhin den Bau des BoAplus-Blockes voranzutreiben und alle Genehmigungen zu erhalten. Man wolle das Vorhaben realisieren. Unter den momentanen Rahmenbedingungen sei jedoch die wirtschaftliche Betriebsführung nicht möglich. Bevor man von Seiten RWEs die Investition durchführe, müssten in den kommenden Jahren geeignete wirtschaftliche Rahmenbedingungen bestehen.

TOP 2 Protokoll der 12. Sitzung, vom 27. März 2012

Das Protokoll wird ohne Änderungen beschlossen. Das Protokoll wird auf der Homepage des Nachbarschaftsforums veröffentlicht.

TOP 3 Aktuelles

3.1 Aktueller Stand im Genehmigungsverfahren

Herr Dr. Schiffer berichtet zum aktuellen Stand des Genehmigungsverfahrens (**Anlage 03**). Am 07.10.2011 stellte RWE die Pläne dem Ältestenrat vor und gab eine förmliche Anregung für das Projekt ab. Anschließend berieten die Fraktionen des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln. Die Ergebnisse des Scoping-Verfahrens wurden Ende 2011 ausgewertet. Im Scoping-Verfahren werden die für die Beschreibung der Umwelteinwirkungen erforderlichen Untersuchungen eines Bauprojekts ermittelt und festgelegt. Anknüpfend an das Scoping-Verfahren wurde ein Umweltbericht erstellt und die Verfahrensunterlagen zusammengestellt. Auf Basis dieser Unterlagen wurde durch den Regionalrat am 29.06.2012 die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Regionalplans beschlossen. Die eingereichten Unterlagen für den Umweltbericht und die Verfahrensunterlagen sind auf den Folien 3 und 4 der Präsentation aufgeführt. Alle Unterlagen seien auf der Homepage der Bezirksregierung Köln einsehbar: http://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/gremien/regionalrat/sitzungen_regionalrat/sitzung_11/index.html

Im nächsten Schritt beginnt die Phase der Offenlegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Am Ende dieses Prozesses falle die finale Entscheidung durch den Regionalrat. Nach Genehmigung der Regionalplanänderung durch das Land NRW erhalte die Änderung Rechtskraft.

Als weitere Schritte im Genehmigungsverfahren sind zudem die Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes durch den Rat und die Stadt Bergheim erforderlich. Abschließend folge das Genehmigungsverfahren nach Bundes-Immissionsschutzgesetz für Bau und Betrieb durch die Bezirksregierung Köln. Erst die abschließende Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz beinhalte die Erlaubnis zum Bau und zum Betrieb und lege damit das finale Kraftwerk fest. Von Verfahren zu Verfahren würden die Pläne konkreter. Bei allen Verfahren wird die Öffentlichkeit informiert und beteiligt.

Im Anschluss wird die Frage gestellt, ob es im Rahmen der Änderung des Regionalplanes keine weitere Genehmigung gebe als die Umwandlung der benötigten Fläche von landwirtschaftlicher Nutzfläche in eine Kraftwerksfläche. Herr Dr. Schiffer ergänzt, dass im Rahmen der Gutachten auch Fragen zur Verschattung, zu Abgasen etc. geklärt worden seien. Herr Dr. Schiffer wird gefragt, wie er die Forderungen im Koalitionsvertrag nach Effizienzmaximierung, Reduktion von CO₂, Abschaltung von Blöcken usw. und die im Koalitionsvertrag genannte „Plattform Kraftwerke“ bewerte. Dazu gibt Herr Dr. Schiffer die Einschätzung, dass der Bau von BoAplus und die damit verbundenen Maßnahmen im Einklang mit dem neuen Koalitionsvertrag stünden. Man erhöhe durch den neuen Block die Effizienz, man werde weniger Emissionen ausstoßen, da nun bessere Technik zur Verfügung steht und man auch alte Blöcke abschalte. Zur „Plattform Kraftwerke“ sei man noch nicht eingeladen worden, ergänzt Herr Kerlen. Man schätze, dass dieser Prozess noch ein wenig auf sich warten lasse. Die Plattform sehe er positiv, da der Mix zwischen konventionellen und EE-Anlagen auch die Zukunft bei RWE sei. BoAplus werde ein Teil des zukünftigen Kraftwerksparkes sein. Man sei jedoch bereits zum Beteiligungsprozess zum Klimaschutzgesetz eingeladen worden.

Weitere Schritte: Das Thema „Verlauf Genehmigungsverfahren“ wird in der kommenden Sitzung weiter behandelt. RWE gibt bei aktuellen Informationen Auskunft darüber, wie sich der Prozess hin zu einem Klimaschutzgesetz entwickelt. Außerdem wird noch einmal auf die ausliegende Broschüre von RWE verwiesen, in der der Genehmigungsprozess beschrieben ist.

3.2. Rückbau abgeschalteter Kraftwerksteile

In der Präsentation „Aktuelles zum Rückbau“ (**Anlage 03**) präsentiert Herr Bechthold die Rückbaupläne im Falle des Baus von BoAplus. Geplant sei, dass der Kamin West und fünf der im westlichen Bereich des Kraftwerks befindlichen Kühltürme ebenerdig zurückgebaut sowie der Grabenbunker und der Kohlenbagger rückgebaut würden. Diese Maßnahmen sollten spätestens 5 Jahre nach Realisierung von BoAplus umgesetzt sein. Folie 3 gibt einen Überblick über die Maßnahmen. Die in der Zeichnung dargestellten Gleise am Grabenbunker könnten nicht demontiert werden, da hierüber z.B. Kalk in das Kraftwerk transportiert werde.

Zugleich stellt Herr Bechthold dar, dass die vier 300 MW-Blöcke mit Inbetriebnahme von BoAplus endgültig stillgelegt würden. Die Stilllegung erfolge dadurch, dass strategische Komponenten wie Turbine und Netzanbindung demontiert würden.

An dieser Stelle weist Herr Bechthold ausdrücklich darauf hin, dass diese Maßnahmen nur unter der Bedingung des Baus des BoAplus Blockes umgesetzt würden. Wenn BoAplus nicht gebaut werde, würden in Niederaußem nur die beiden 150 MW Blöcke zum Jahresende 2012 stillgelegt, wie alle übrigen 150MW-Blöcke im rheinischen Revier.

Ob RWE seine Verpflichtungen auch einhalte, will das Nachbarschaftsforum wissen, da bereits Mitte der 90iger Jahre über eine Stilllegung des Grabenbunkers gesprochen worden sei. Diese sei dann nie erfolgt, da für bestimmte Kohlequalitäten der Grabenbunker zum Mischen benötigt worden sei. Herr Bechthold erwidert, dass die Stilllegung im Zuge der Genehmigung von BoAplus Teil einer verbindli-

chen vertraglichen Vereinbarung mit der Stadt Bergheim sei. Das Bekohlungskonzept und die -infrastruktur von BoAplus werde auf diese Situation ohne den Grabenbunker ausgelegt. Wie schon in vorangegangenen Sitzungen erläutert, könnten das Kessel- und Maschinenhaus oder Teile davon nicht rückgebaut werden. Diese Bereiche bestünden aus nacheinander errichteten Blöcken, die zusammen einen Komplex bildeten, z.B. durchlaufende Infrastruktur wie Versorgungs- und Entsorgungsleitungen (Dampf, Wasser, Feuerlöschsysteme, Abwasser, Kohleversorgung etc.) auch für die noch weiter zu betreibenden Blöcke. Da nicht alle Blöcke innerhalb des Kessel- und Maschinenhauses stillgelegt werden, könne man hier auch nichts zurückbauen. Es wird vorgeschlagen, dass man sich im Vorfeld einer kommenden Sitzung das Kessel- und Maschinenhaus einmal ansehen sollte. Dies wird von vielen Teilnehmern unterstützt.

Weiteres Vorgehen: Im Vorfeld einer kommenden Sitzung soll eine Begehung des Maschinen- und Kesselhauses angeboten werden.

3.3. Lärmbelastung im Umfeld des Kraftwerks durch Zugverkehr

Herr Röggener stellt nochmals die Genehmigungssituation dar. Der Bahnhof sei im Eigentum von RWE. Messungen der Bezirksregierung Arnsberg hätten gezeigt, dass die Lärmbelastung deutlich unter den gesetzten Grenzwerten der 16. BImSchV sei.

Die Meldungen über Erschütterungsschäden an Häusern durch Kohlezüge seien den zuständigen Personen bei RWE weitergeleitet worden. Eine vor-Ort-Begehung solle Ende der KW 27 vorgenommen werden. Die Tendenz sei jedoch, dass durch Bahnverkehr im Allgemeinen keine Erschütterungsschäden aufträten, die zu Gebäudeschäden führen. Hierzu wird jedoch von RWE Power von Seiten der Bergschadensabteilung unter Einbeziehung eines externen Gutachter die Situation bei den vorliegenden Meldungen im Umfeld des Bahnhofs Niederaußem geprüft. Zudem bestehe die Möglichkeit, sich an das Infotelefon zu wenden, um Auffälligkeiten oder Lärmbelastungen zu melden. Hierbei sei es hilfreich, sich zeitnah zu melden und Zeit, Ort und Details zum Zug anzugeben.

Beim Treffen zwischen RWE mit Mitgliedern der örtlichen Interessengruppe (IG) habe man einige Einigungspunkte festgelegt. RWE habe den Verzicht auf Instandsetzungsarbeiten an Sonn- und Feiertagen angeboten. Vor größeren Instandsetzungsarbeiten wolle man die IG informieren. Zudem wolle man das Einfahrtssignal im Bahnhof auf Durchfahrt stellen, um lärmintensives Anfahren von Zügen in der Steigung zu vermeiden. Die Geschwindigkeit im Bahnhof sei bereits aktuell auf 25 km/h reduziert worden. Um dies zu überprüfen, hätten alle RWE-eigenen Loks Fahrtenschreiber, die die Einhaltung überwachten. Als eine weitere Maßnahme werden bereits die Mitarbeiter verstärkt für das Thema Lärmbelastung durch entsprechende Unterweisungen sensibilisiert. Des Weiteren wolle man Rangierbetriebe zwischen 22 und 6 Uhr nur in Ausnahmesituationen bzw. Notfällen durchführen, wenn beispielsweise der Betrieb des Kraftwerks gefährdet sei. Man sei zudem in Gesprächen mit den anderen Eisenbahnunternehmen dazu, die Fahrpläne zu verändern. Ende 2012 wolle man sich mit der Interessengruppe nochmals zusammensetzen, um die Fortschritte zu diskutieren.

Zunächst möchte das Nachbarschaftsforum wissen, ob es eine EU-Richtlinie gäbe, die fordere, dass im Bahnverkehr neue Bremssysteme eingeführt werden. Hierzu sagt Herr Röggener, dass der RWE eigene Fuhrpark bereits mit den entsprechenden Kunststoffbremssohlen ausgestattet sei. Wenn man jedoch von externen Dienstleistern Waggons bezöge, könne man dies nicht sicherstellen. Bei der Deutschen Bahn hätten beispielsweise viele Waggons eine sehr lange Nutzungszeit, weshalb eine Umstellung des gesamten Fuhrparks auf das neue Bremssystem sehr lange dauere.

Die zweite Frage ist, warum zwischen 22 und 6 Uhr und an Sonntagen Siloanhänger zum Kraftwerk fahren. Dazu sagt Herr Röggener, dass man versuche, nächtliche Lieferungen zu verhindern. An

manchen Tagen zwingt die Silobefüllung dazu, dass Wagen fahren müssten. Man sei aber in Gesprächen mit dem neuen Betreiber der Hafen und Güterverkehr Köln AG (HGK), um eine optimierte Anlieferung zu gewährleisten.

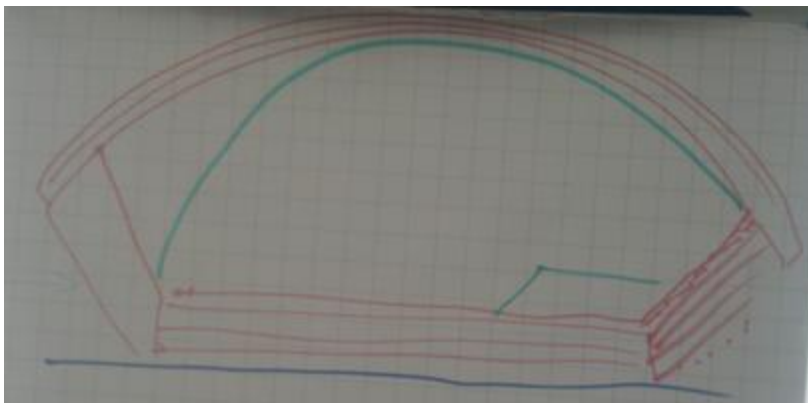
Eine weitere Frage bezieht sich auf Hupgeräusche in bestimmten Abschnitten der Strecke. Herr Röggener weist darauf hin, dass die Lokführer dafür sensibilisiert wurden, nicht zu hupen. Allerdings schreiben Sicherheitsvorschriften vor, dass an bestimmten Stellen und bei Situationen, wenn z.B. Leute im Gleis sind, ein Warnsignal ertönen müsse. Dies sei zum Beispiel bei Bahnübergängen der Fall. Wenn jedoch eine unnötige Lärmbelastung auftritt, bittet Herr Röggener die Anwesenden, sich die Uhrzeit, den Ort und die Lokomotive zu merken und bei der Telefonhotline zeitnah anzurufen.

Zu den offenen Fragen aus dem vergangenen Nachbarschaftsforum ergänzt Herr Röggener, dass der Bahnhof Niederaußem seit 1983 im Besitz von RWE sei. Die Instandsetzung der Gleisanlagen erfolgt kontinuierlich, jedoch naturgemäß überwiegend in den Sommermonaten. Ein Gleis sei bereits saniert und im August stünde die nächste Gleissanierung an. Beim verwendeten Wagenmaterial habe man wenig Einfluss auf die Qualität, wenn dieses von Externen komme. Diese liehen ihr Material bei der Deutschen Bahn. Man sei hierzu in Gesprächen mit der Deutschen Bahn, der HGK und der Neuss-Düsseldorfer Hafen GmbH (NDH), um eine Verbesserung zu erwirken. Bei der Übergabe eines Zuges werde jedes Mal die technische Einsatzfähigkeit der Waggons festgestellt. Seien Waggons nicht einsatzfähig, würden diese zur Instandsetzung gebracht.

Auf die Frage nach Schallschutzwänden und nach der Ursache von lauten Knallgeräuschen sagt Herr Röggener, dass die Langzeitmessungen durch die Bezirksregierung Arnsberg gezeigt hätten, dass man die Grenzwerte einhalte. Daher seien Schallschutzwände nicht notwendig. Die Knallgeräusche, so hätten die Messungen auch gezeigt, lägen ursächlich nicht im Bahnverkehr. Das Geräusch im Messzeitraum wurde beispielsweise durch ein Sicherheitsventil im Kraftwerk ausgelöst.

3.4. Informationen zur Kraftwerkreststoffdeponie

In der vergangenen Sitzung waren noch Fragen zur Kraftwerksreststoffdeponie offen geblieben. Hierzu referiert Herr Bechthold (**Anlage 04**). Der größte Teil des mit LKWs angelieferten Materials seien Boden und Steine. Diese kämen, wie die meisten Materialien, die per Lastwagen angeliefert würden, aus den Vorfeldarbeiten des Braunkohletagebaus. Die Asche aus dem Kraftwerk werde mit Bändern auf die Deponie verbracht. Daher tauche diese Menge in der Grafik nicht auf. Die Deponie sei oberhalb des Grundwasserspiegels errichtet worden. Sie sei genehmigt und werde regelmäßig kontrolliert. Herr Röggener zeigt anhand einer Skizze, dass die Deponie auf mehreren Lagen wasserundurchlässigem Ton stehe und seitlich ebenfalls damit umrandet sei. Nach Stilllegung der Deponie werde diese nach oben hin ebenfalls mit einer Tonschicht abgedeckt. Ein Austrag von Stoffen aus der Deponie ist somit auszuschließen.



Zur Frage, wo Staubmesspunkte in Niederaußem seien, zeigt Herr Bechthold, dass die drei Messpunkte in der Alten Landstraße, in der Pillauer Straße und in der Nähe der Asperschlagstraße stünden. Die Messpunkte seien behördlich festgelegt. Die dort geltenden Immissionsgrenzwerte würden sicher eingehalten und in der Regel deutlich unterschritten.

Zu den Fragen nach ggf. auf der Deponie gelagerten Schadstoffen, zur Laufzeit der Deponie und zur bereits gelagerten Menge verspricht Herr Bechthold in der nächsten Sitzung Auskunft zu geben.

Das Kippverhalten der LKWs wird kritisiert. Sie lüden ihre Ladung in großen Haufen ab und nach einiger Zeit käme ein Frontlader, der unter großer Staubbildung den Haufen verteile. Dies zeige, dass das Berieselungssystem überdacht werden müsse. Auch zur Frage der Verteilung des Materials verspricht Herr Bechthold beim nächsten Forum Auskunft evtl. durch Herrn Oppenberg zu geben.

Weiteres Vorgehen: Im kommenden Nachbarschaftsforum wird RWE die offenen Fragen beantworten.

3.5. Feedback zu den Themenveranstaltungen

Bisher hätten vier Themenabende stattgefunden, berichtet Herr Kerlen. Diese seien zum Schluss mit 30 Personen gut besucht gewesen. Die fünfte und letzte Sitzung fände zum Thema Umweltauswirkungen am 06.07.2012 statt. Referieren werde Herr Dr. Schiffer. Die Einladungen hierzu liefen über Radio, Zeitung und Wurfsendungen. RWE wolle sich mit diesen Themenabenden nach außen öffnen und den Dialog voranbringen.

TOP 4 Strukturwandel im Rheinischen Revier

Als Referent ist Herr Dr. Benno Esser von der Geschäftsstelle Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) eingeladen. Er berichtet über die Innovationsregion (**Anlage 05**). Zunächst stellt Herr Dr. Esser die politische Grundlage für die Entstehung der IRR dar. Im Koalitionsvertrag der Landesregierung von NRW aus dem Jahr 2000 heißt es, dass man eine IRR gründen wolle, um das in der Region vorhandene Potenzial an Technologie, Wissenschaft, Industriestruktur und gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für den Aufbau einer neuen nachhaltigen Wirtschaftsstruktur zu nutzen. Die IHK Aachen unter ihrem Geschäftsführer Herrn Drewes sei beauftragt worden die Leitung und Organisation zu übernehmen, da sie in diesem Bereich bereits Expertise gewonnen hätte. Die Geschäftsstelle wurde im Technologiezentrum Jülich eingerichtet. Anschließend wurde der Beirat berufen, in dem neben Politik auch Wissenschaft und Wirtschaft vertreten seien. In der Laufzeit zwischen 2012 und 2015 werde die IRR mit 2 Millionen Euro unterstützt. Man habe aber keine eignen Fördermittel.

Die erste große Herausforderung bestehe in der regionalen Definition des Rheinischen Reviers. Das rheinische Braunkohlerevier sei sicherlich zu klein. Ob das gesamte Rheinland NRWs dazugehöre, sei ebenfalls fraglich. Der Koalitionsvertrag von 2012 gäbe hierfür eine Orientierung: „Die IRR umfasst das Braunkohlenrevier einschließlich seiner unmittelbaren Nachbarschaft und soll nicht im Gegensatz oder gar in Konkurrenz zu den bisherigen Regionalen Arbeitsstrukturen stehen, sondern diese ergänzen und Synergien schaffen.“ Die Aufgabe der IRR sei im Koalitionsvertrag nochmals präzisiert worden. Darin heiße es, dass die Entwicklung in den Bereichen Solarwirtschaft, Strom-Speichertechnologien, E-Mobilität, Bioökonomie, klimaneutrales Wohnen und Logistik, aber auch in der Fachkräftesicherung oder dem Rück- und Umbau alter Industrieflächen zu neuen Innovationsräumen inklusive der Anpassung der hierfür notwendigen Infrastruktur im Vordergrund stehe. Das Gebiet umfasse somit die Region zwischen Köln, Aachen und Düsseldorf.

Die zweite Herausforderung sei die Organisationsentwicklung. Die IRR habe einen Verwaltungsrat sowie einen Beirat. Diese stünden im Austausch mit den 12 Arbeitsgruppen, die sich mit unterschied-

lichen Themenfeldern beschäftigt. Die Organisation erfolge über die Geschäftsstelle. Projektvorschläge z.B. der Arbeitsgruppen würden über den Verwaltungsrat im Beirat diskutiert und im Anschluss der Arbeitsgruppe der Regionalräte übergeben. Nach einem mit deutlicher Mehrheit gefassten regionalen Votum würde das Projekt an den Ausschuss der Staatssekretäre und somit an die Landesregierung weitergeleitet. Hier würde über die Projektförderung entschieden. Die Entscheidung werde dem Verwaltungsrat und dem Beirat mitgeteilt. Dieser Ablauf sei bislang jedoch theoretischer Natur, da bisher noch kein Projekt diesen Prozess durchlaufen habe.

Die 12 Arbeitsgruppen befänden sich in unterschiedlichen Arbeitsstadien. Inhaltlich beschäftigten sie sich mit Themen von Wirtschaftsförderung über Bildung, Energie, Verkehr bis hin zu Landwirtschaft. Die Arbeitsgruppe 10 beschäftige sich mit der Außenkommunikation der IRR, die demnächst stärker in den Fokus genommen werden solle. In Arbeitsgruppe 8 seien die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der betroffenen Kernkommunen eingebunden.

Ein Leitbild im klassischen Sinne gebe es nicht. Es sei Ziel des Prozesses Leitbilder zu entwerfen. Spätestens im Jahr 2015 solle dann ein Innovationsprogramm 5.0 – das Rheinland 2050 – beschlossen werden.

Diskussion

Im Anschluss an den Vortrag wird die Frage gestellt, wie die Vernetzung der Region Bergheim mit der Innovationsregion erfolgen könne. In der Region gäbe es sehr viel Potenzial und dieses müsse in der IRR eingebunden werden. Herr Dr. Esser bittet, sich an die politischen Vertreter zu wenden. Diese seien die Ansprechpartner vor Ort. So sei der Bürgermeister der Stadt Bergheim Mitglied der Gruppe 8 „Center Circle“. Über die IRR könne Wirtschaftsförderung auf einer anderen Ebene gemacht werden. Zur Frage der Außenkommunikation sagt Herr Dr. Esser, dass zum einen der Geschäftsführer Herr Drewes vor Ort Vorträge halte, um die lokalen politischen Vertreter über die Arbeit der IRR zu informieren. Gleichzeitig seien die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der betroffenen Braunkohlengemeinden über die Arbeitsgruppe Center Circle in die Arbeit der IRR eingebunden. Weiterhin fände jährlich eine Konferenz der Gebietskörperschaften der IRR statt, in der über den aktuellen Stand des Prozesses informiert würde. Er bitte aber jeden die Informationen zur IRR in die eigene Kommune zu tragen.

TOP 5 Weiteres Vorgehen

Das Forum beschließt, dass im nächsten Forum zum Thema „Flächenbedarf und Ausgleichsmaßnahmen“ referiert werden solle. Hierzu solle der beteiligte Landschaftsplaner vortragen. Jemand von RWE solle für Fragen, insbesondere aus der Landwirtschaft, zur Verfügung stehen.

Herr Peters weist nochmals auf das Glossar hin, das zentrale Begriffe für die Teilnehmer des Nachbarschaftsforums sowie für die Öffentlichkeit definieren soll. Beispiele wären Stilllegung, Rückbau, Neubau, Anbau etc. Die Forumsteilnehmer werden gebeten, Herrn Peters entsprechende Begriffe zu nennen. Das Glossar soll dann ständig fortgeschrieben werden.

Bisher konnte noch kein Termin für das nächste Forum gefunden werden. Der Termin für die 14. Sitzung des Nachbarschaftsforums Niederaußem wird Ihnen **Mitte August** mitgeteilt. Der Ort wird das Informationszentrum am Innovationszentrum Kohle, Werkstraße, 50129 Bergheim sein.

Die Forumsmitglieder stimmen die Presseinformation ab, die dem Protokoll als **Anlage 06** angefügt ist.

Zusammenfassung der Arbeitsaufträge

Was?	Wer?	Bis wann?
Informationen zur Kraftwerk-reststoffdeponie	RWE	Bis zur 14. Sitzung
Informationen zum weiteren Genehmigungsverfahren	RWE	Bis zur 14. Sitzung
Ansprache Referenten (Landschaftsplaner und RWE-Verantwortlicher)	IFOK/RWE	Bis zur 14. Sitzung
Erstellung Glossar	IFOK	Bis zur 14. Sitzung
Begehung des Maschinen- und Kesselhauses organisieren	IFOK /RWE	Zu einer kommenden Sitzung
Informationen zum Klimaschutzgesetz	RWE	Wenn der Anlass gegeben ist.
Belastungen (Verkehr) und Flächennutzung während der Bauphase		Zu einer kommenden Sitzung
Rolle der Biomasse (z.B. für die Landwirtschaft)	RWE Power AG/ externer Referent	Zu einer kommenden Sitzung
Deutschland als Stromimporteur/ -exporteur	RWE Power AG/ externer Referent	Zu einer kommenden Sitzung
Herkunft der Kohle	RWE Power AG/ externer Referent	Zu einer kommenden Sitzung
Netzausbau	RWE Power AG / externer Referent von Amprion (Vorschläge von Herrn Keulertz)	Zu einer kommenden Sitzung